



Welt am Sonntag Nordrhein-Westfalen, 13.03.2022, Nr. 11, S. 5 / Ressort: NRW

Rubrik: NRW

Kommt der Ausstieg aus dem Ausstieg?

Der Ukraine-Krieg gefährdet den Fahrplan zum vorzeitigen Ende der Kohleverstromung. In fünf Dörfern bei Erkelenz befürchten die Bewohner, nun vielleicht doch noch umsiedeln zu müssen

Guido M. Hartmann

In Keyenberg am Rande des Tagebaus Garzweiler II ist Barbara Ziemann-Oberherr mit ihren beiden Hunden unterwegs. Andere Spaziergänger trifft sie nur selten. Im Dorf leben noch knapp 200 Menschen, früher waren es an die 900. Doch für die Niederrheinerin ist Keyenberg dennoch ein "Zukunftsdorf", so wie auch Kuckum, Unter- und Oberwestrich sowie Berverath. Die zu Erkelenz gehörenden Orte sollten eigentlich den Braunkohlebaggern weichen. Doch dann wurde in Berlin und Düsseldorf ein vorzeitiger Ausstieg aus der Kohle schon für das Jahr 2030 ausgehandelt, die Dörfer schienen gerettet. "Jetzt ist durch den Krieg in der Ukraine wieder alles infrage gestellt", sagt Barbara Ziemann-Oberherr. "Die Karten werden neu gemischt."

Auch beim Kohleverstromer RWE war man zuletzt offenbar vom Erhalt der fünf Dörfer ausgegangen. Denn im Koalitionsvertrag der Bundesregierung heißt es, dass diese Dörfer möglichst nicht für den Kohleabbau abgerissen werden sollten, über Lützerath müssten die Gerichte entscheiden. Dort kämpft der Landwirt Eckhardt Heukamp noch um die Existenz seines Hofes. Derzeit liegt das Verfahren beim Oberverwaltungsgericht Münster, wo man noch im März eine Entscheidung erwartet.

Bei RWE hatte man bislang im Rheinischen Revier mit einem massiven Ausbau der erneuerbaren **Energien** sowie neuen Gaskraftwerken gerechnet. Die wurden bislang als Brückentechnologie propagiert, bis ausreichend Strom aus Wind- und Solaranlagen sowie "grüner" Wasserstoff zur Verfügung stehen würde. Doch durch den Stopp der Pipeline Nord Stream 2 und weitere Unwägbarkeiten bei den Gaslieferungen aus Russland gehen diese Rechnungen nun wohl nicht mehr auf. Wer will noch Gaskraftwerke bauen, wenn Gas knapp und teuer wird? Auf Bundes- und Landesebene wurde deshalb zuletzt eine mögliche Verlängerung des Braunkohle-Abbaus und der Verfeuerung nicht mehr ausgeschlossen. "Alle Optionen müssen auf den Tisch", sagte NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP).

RWE wartet vorerst ab

Zu den Chancen der fünf Dörfer, die den Verein "Zukunftsdörfer" gegründet haben, heißt es bei RWE, man prüfe derzeit alle Projekte. "Dass die Bundesregierung in dieser ersten Situation alle Versorgungsoptionen prüft, können wir nachvollziehen", erklärt ein Sprecher. Eine Möglichkeit könne sein, Kohlekraftwerke, die sich in der Reserve oder Sicherheitsbereitschaft befinden, wieder zu nutzen. "Auch kann geprüft werden, ob bereits stillgelegte Anlagen zurück ans Netz gebracht werden können." An einem seiner größten Standorte in Neurath plant der **Energiekonzern** bislang noch mit der Stilllegung von Block A zum 1. April. Der Braunkohle-Block B wurde Ende 2021 stillgelegt, Block C ist noch bis Herbst 2023 in der Sicherheitsbereitschaft. Der Betrieb der Blöcke D und E, die in den 70er-Jahren ans Netz gingen, sollte eigentlich zum Jahresende auslaufen. Lediglich die modernste Anlage mit einer Leistung von rund 2,2 Megawatt Leistung sollte nach bisherigen Planungen länger laufen, womöglich bis 2038. Zuletzt hatte RWE Teile des Geländes auch schon als mögliches Baugebiet für Projekte ausgewiesen, die in einer Grundstücksgesellschaft mit dem Land NRW für die Zeit nach der Kohleverstromung entwickelt werden sollen.

Vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges hatte der Essener **Energiekonzern** Steag vor wenigen Tagen erklärt, die geplante Umrüstung des Steinkohlekraftwerksblocks Herne 4 auf Erdgas voraussichtlich bis zum Frühjahr 2023 zurückzustellen. Bis dahin werde die Anlage am Netz bleiben "und damit insbesondere über den Winter 2022/23 hinaus einen Beitrag zur Gewährleistung von Preisstabilität und Versorgungssicherheit leisten", so die Steag. Man habe auch den Verzicht auf eine vorzeitige Stilllegung der Kraftwerke in Bergkamen und Völklingen im Saarland gegenüber dem Übertragungsnetzbetreiber Ampion und der Bundesnetzagentur angezeigt. Wegen der unsicheren Lage erwägt auch der Evonik-Konzern, sein Kohlekraftwerk im Chemiepark Marl länger als geplant weiterzubetreiben.

In Erkelenz hofft Bürgermeister Stephan Muckel auf eine baldige Entscheidung zur Zukunft der Dörfer. "Jeder Quadratmeter, der erhalten bleibt, ist wünschenswert", betont der 41-jährige CDU-Politiker. Vor der Ukraine-Krise hätten Berlin und Düsseldorf signalisiert, dass zum Jahreswechsel 2022/23 Klarheit herrschen sollte. Neben den Menschen vor Ort müsse auch die Stadt für die Zukunft planen können. Eine baldige Entscheidung dürfte auch zu einer dauerhaften Befriedung der Region führen, in der es immer wieder Protestaktionen von Gegnern der Braunkohle gibt. "Das alles wird nun durch den schrecklichen Krieg in der Ukraine natürlich nicht einfacher." Bislang haben sich in den Dörfern mehr als 80 Prozent der Eigentümer für einen Verkauf ihrer Häuser und Grundstücke an RWE entschieden. "Ich kenne auch welche, die wollen zurück", sagt Barbara Ziemann-Oberherr. Laut Bürgermeister Muckel hat sich bislang aber erst ein Umsiedler gemeldet, der in sein altes Haus zurück möchte.

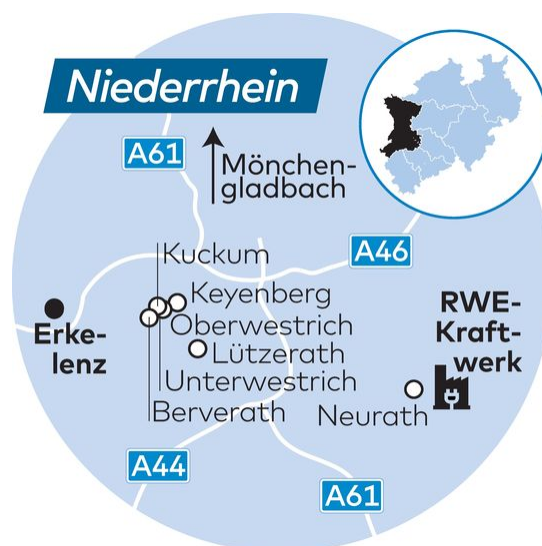
Viele Menschen sind bereits in Neubau-Siedlungen in der Region umgezogen. In Keyenberg aber haben Barbara Ziemann-Oberherr und 60 weitere Bewohner trotz der nahenden RWE-Bagger massiv in **erneuerbare Energien** investiert. Auf fünf Hausdächern ließen sie Fotovoltaik-Anlagen mit einer Leistung von 75.000 Kilowattstunden Strom installieren. Das deckt rechnerisch den aktuellen Strombedarf des geschrumpften Dorfes ab, sagt Ziemann-Oberherr. "Ich habe Keyenberg zu retten - aber wir alle einen Planeten."

Platz für Flüchtlinge

Da schon Hunderte Häuser leer stehen, könne man auch Flüchtlinge aus der Ukraine unterbringen, heißt es in Keyenberg, bei der Aufnahme von Flutopfern im Vorjahr hätten sich die Dorfbewohner auch engagiert. Bürgermeister Muckel hat bereits mit RWE über die Unterbringung in Häusern gesprochen, die zum Teil noch nicht lange leer stehen. "Bislang haben wir in Erkelenz etwa 20 geflüchtete Menschen aus der Ukraine, die zunächst privat untergekommen sind."

Unterdessen kommen für die Menschen in den Dörfern nahe dem Tagebau Garzweiler II hoffnungsfrohe Nachrichten aus Düsseldorf. Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) erklärte vor wenigen Tagen, dass er trotz aller bislang offenen Fragen der **Energieversorgung** durch den Ukraine-Krieg bislang an einem früheren Kohleausstieg grundsätzlich festhalten wolle. Allerdings habe sich die Hoffnung, Kohle übergangsweise durch russisches Gas ersetzen zu können, jetzt zerschlagen, sagte er nach einem Besuch von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) im Landeskabinett. "Diese Brücke wird nicht tragen." Voraussetzungen für ein vorzeitiges Ende der Kohleverstromung seien aber Versorgungssicherheit und bezahlbare **Energiepreise**, betonte Wüst.

Guido M. Hartmann



Quelle:	Welt am Sonntag Nordrhein-Westfalen, 13.03.2022, Nr. 11, S. 5
Ressort:	NRW
Rubrik:	NRW
Dokumentnummer:	198201790

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WAMS_a2f513eb849cc501f6e4c0eaa6223520a7f4be5a

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH